

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/AVII/212

Bonn, den 18. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Trotz der Mauer - die GEMEINSCHAFT</u> Von G. Markscheffel, z.Zt. Berlin	71
2a	<u>"Hieran aber fehlt es"</u> Dufkues als CDU-Reformer	25
2a	<u>Unangebrachte Härte</u> Die Regierung, die Beamten und die Kriegsgespieler	19
3 - 4	<u>Das werdende Europa und die CDU</u> Nicht erst seit 1949 Bestrebungen einer Einigung Von Fritz Sänger, MdB	96
5	<u>In dubio pro reo</u> Blick auf unselige Vergangenheit	35
6 - 7	<u>Das Problem der griechischen Gastarbeiter (II.)</u> Deutsche Überlegungen zur griechischen Arbeiterfrage und die Politik der griechischen Regierung Von Dr. B.P. Mathiopoulos	89

Chefredakteur Günter Markscheffel

Trotz der Mauer - die GEMEINSCHAFT !

Von G. Markscheffel, z.Zt. Berlin

Hier heißt sie Prinzenstrasse; "drüben" Heinrich Heinestrasse, dazwischen ist die Mauer, gespenstisch und unglaublich fremd wirkt die Barriere aus Beton im diesig-grauen Oktobernachmittag. Leichter Nebel hüllt sie ein; als wollte er schamhaft verbergen, was dort geschah und täglich geschieht.

Junge Menschen auf beiden Seiten. Sie blicken meist ins Leere, manchmal aber doch in das Gesicht des "anderen". Drüben haben sie Maschinenpistolen. Wenn einer von ihnen den Schritt zur Prinzenstrasse lenkt, zum Übergang in den Westen, bleibt sein Doppel bei ihm. Nur doppelt dürfen sie nahe ran, an die Grenze im eigenen Land, in der eigenen Stadt.

Kaum hundert Meter hinter ihnen steht der nächste Doppelposten; dazwischen einer mit Litzen, er hebt den Fernstecher, man kann sehen, auf was er blickt. Er beobachtet jeden Schritt, jede Regung der jungen uniformierten Leute vor ihm.

Rechts und links, in einigen hundert Metern Abstand sind Wachtürme. Auch von dort richten sich die Fernstecher auf die zwei jungen Männer, die vorsichtig zum Spalt in der Mauer, zum schmalen Übergang gehen.

Nichts geschieht. Die beiden vorn bleiben stehen, sie blicken in den grauen Himmel, sprechen ein paar Worte miteinander. Man sieht es, aber was sie sagen? Nur sie wissen es ...

* * *

Von dem kleinen Holzgerüst an der Mauer fällt der Blick auf Stacheldraht und Panzersperren. Er bleibt auf schwarzen Fensterhöhlen verlassener Häuser haften. Barrieren, Schlagbäume, Winkelfahrten verwirren die gerade Strassenflucht. Kaum ein Zivilist ist sichtbar. Uniformen prägen das Bild.

Und dann haben sie "drüben" etwas hingestellt, kaum hundert Meter von der Mauer entfernt am Strassenrand: große steinerne Blumenkästen, gefüllt mit bunten Herbstblumen. Die Blumen leuchten in den grauen Himmel, sie wirken so fremd wie vielleicht eine Kaffeebar in einer Mondlandschaft. Das paßt einfach nicht dahin in das öde Grau des großen Konzentrationslagers. Es mutet an wie ein schlechter Witz, es ist eine Perversität, deren auch jene vor 25 Jahren fähig waren, als sie die Gräben zwischen zwei Stacheldrahtzäunen ihrer Konzentrationslager mit Blumen anfüllen liessen. Auch damals mußten die Blumen von den Häftlingen gepflanzt werden, damit ausländische Besucher glauben sollten, sie besuchten ein idyllisches Erholungsheim.

Die Blumen damals konnten nichts dafür; auch die Blumen heute,
jenseits der Mauer nicht.

* * *

Als der Sozialdemokrat Friedrich Ebert Reichspräsident wurde,
als der Separatismus im Rheinland wütete, als Rechts- und Links-
radikalismus die Reichseinheit zu sprengen drohten, sagte Ebert ein-
mal zu Freunden, die ihn fragten, ob er es schaffen werde: "Wer
dann sonst, wenn nicht **w i r** Sozialdemokraten?!"

Als Deutschland nach 1945 aus tausend Wunden blutete, als die
Flüchtlinge zu Millionen über die Strassen zogen, die Frau nicht
wußte, wo der Mann war, der Bruder die Schwester suchte, und kaum
noch die Hoffnung auf neues Leben keimte, sagte der Sozialdemokrat
Kurt Schumacher, zerschunden und zerfetzt wie Deutschland selbst:
"Wir müssen anpacken, weil **w i r** das ungebrochene Stück Geschichte
unseres Volkes sind!"

* * *

Deshalb stellt gerade jetzt und angesichts der Mauer die deut-
sche Sozialdemokratie die ungelösten Gemeinschaftsaufgaben in den
Vordergrund ihrer politischen Aktivität. Es sind dies: Gesundheit
des Volkes, die Sorge um den alten Menschen, das Bild und Leben
unserer Gemeinden und Städte. Da werden in der Berliner Kongreßhal-
le von Wissenschaftlern mit Weltrauf, von Frauen und Männern der
Praxis alle jene Probleme heiß diskutiert, deren Lösung das Lebens-
element unseres Volkes ist und bleibt. Das geschieht in Berlin.
Nicht, weil Berlin ein beliebter Tagungsort ist, sondern weil von
hier aus der Strom der Gedanken über die Mauer gehen wird, weil
von hier aus auch die Satten und Gedankenlosen in der Bundesrepublik
erfahren werden, wie stark der Wille zum Miteinander in unserem Vol-
ke ist.

* * *

Andere mögen von "Interessen" reden, sie mögen durch die häufi-
ge Wiederholung des Wortes "Feilschen" in ihren Ansprachen offen-
baren, woran sie wirklich denken, wenn sie vom Volk sprechen. Die
deutsche Sozialdemokratie greift über enge Gedanken hinaus, sie
sprengt das Tüfteln der Nur-Experten, sie löst die Hemmungen einer
engen egozentrischen Gesellschaft, sie schöpft aus dem und mit dem
WIR.

Das hält auf die Dauer auch nicht die Mauer eines Ulbrichts aus.
Das sprengt die Grenzen, öffnet die Herzen und die Gedanken, Gemein-
schaftsaufgaben? Sie sind **i m m e r** da, sie leben in uns und mit
uns, sie sind keine "Politik", sie sind das Leben selbst.

* * *

"Hieran aber fehlt es"

Dufhues als CDU-Reformer

sp - Der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Dufhues, hat sich viel vorgenommen. Er will - wohl nach dem Vorbild der SPD - der CDU einen stärkeren organisatorischen Unterbau geben, um die Partei schlagkräftiger und aktionsfähiger zu machen. Eine wichtige Rolle in diesem Vorhaben spielen die evangelischen Arbeitskreise; gelingt es ihnen, die evangelischen Christen für die Union zu aktivieren, könnte sogar der Proporz aufgegeben werden. Hat sich der gute Dufhues nicht zuviel zugemutet? Wie stehen seine Erfolgschancen?

Seinen Bemühungen um eine Reform der CDU begegnet das "Werkvolk", Organ des Süddeutschen Verbandes der Katholischen Arbeitnehmer, eine Zeitschrift also, die es wissen muß, mit großer Skepsis. Sie sagt ein Scheitern der Reformbestrebungen voraus, "weil sich die im Besitz der politischen Macht Befindlichen gegen ihn zusammenfinden werden, sobald er mit seinem Auftrag ernst macht". Der Apparat der CDU ist festgefahren, ihn aufzulockern setze neben einem revolutionären Plan die Unterstützung einer entschlossenen Führungsschicht voraus. "Hieran aber fehlt es", sagt das "Werkvolk". Es spart nicht mit weiterer herber Kritik. Es wirft den Politikern der CDU ihr Unvermögen vor, den Auftrag der Christen in der Welt so zu repräsentieren, daß "er in einer nicht-christlichen Welt glaubhaft ist". Das geistige Bild der CDU sei verschwommen, ihm fehle das verpflichtende Ethos.

Das Bild verschwommen, die Partei ohne verpflichtendes Ethos - müssen die rein organisatorischen Bemühungen, auch mit noch so viel Eifer unternommen, nicht schon im Anfang stecken bleiben? Koch hält die CDU der Mythos Adenauers zusammen. Aber dieser ist im Schwinden, und nichts ist weit und breit sichtbar, was ihn ersetzen könnte. Hier scheint sich eine Krise der Unionsparteien anzubahnen, deren Ausgang über Leben und Tod der Schöpfung Adenauers entscheiden wird. Ist dem konstatierenden Dufhues das Schicksal der griechischen Sagengestalt Sisyphus beschieden?

+ + +

Unangebrachte Härte

sp - Recht turbulent ging es auf dem von 2000 Delegierten besuchten Zweiten Deutschen Kriegsoferkongreß in der Bonner Beethovenhalle zu. Zum Glück ließ sich kein Minister des Kabinetts Adenauer vor diesen empörten und erbitterten Menschen sehen; es wäre ihm schlecht ergangen. Das Begrüßungstelegramm des Bundeskanzlers ging in stürmischen Pfui-Rufen unter, und der Sprecher der CDU, der Bundestagsabgeordnete Arndgen konnte sich nur schwer verständlich machen. Am gleichen Tage tagte das Bundeskabinett. Es glaubte, Härte beweisen zu müssen, in dem es kategorisch die Forderung nach einer Ausgleichszahlung für Beamte und Kriegsofer ablehnte. Vergessen sind alle Zusagen, die von Bundeskanzler gemacht wurden, übrig bleibt ein beispielloser Treuebetrug, begangen an Schichten unseres Volkes, die sich nicht wehren können. Wie lange soll dieses unwürdige Spiel noch weitergehen? Die gegenwärtige Regierung spielt hier mit dem Feuer; sie hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn Verbitterung und Staatsverrässlichkeit sich ausbreiten. Diese Art von Härte kann böse Folgen für das innere Gefüge unserer Gemeinschaft haben.

+ + +

Das werdende Europa und die CDU

Von Fritz Sänger, MdB

Die Schüler der Oberklassen der Volksschulen lernen heute, soweit sie Staatsbürgerkunde haben, daß mit dem Beginn der politischen Arbeit der Sozialisten in allen Ländern Europas in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts auch die Idee der internationalen Zusammenarbeit der Völker Gestalt gewann, daß Vorschläge zur Vereinigung Europas gemacht wurden und daß schließlich die "Vereinigten Staaten von Europa", nach Idee und Organisation vom Vorbild Amerikas beeinflusst, die Parole nach wachsenden politischen Bewegung wurden. Das sind die geschichtlichen Tatsachen.

Die Schüler lernen vielleicht nicht, obwohl es Tatsache ist, daß die Sozialdemokraten 1925 die Forderung nach den Vereinigten Staaten von Europa in ihr politisches Programm aufgenommen haben (Heidelberg) und daß sie seitdem wie vorher in steter Zusammenarbeit mit gleichdenkenden Politikern in anderen Ländern um dieses Europa ringen, das bis zu dieser Stunde noch nicht Wirklichkeit geworden ist.

Mit Bitternis quittierte in diesen Tagen im Bundeshaus in Bonn ein Besucher in einer Diskussion diese Tatsachen mit der Bemerkung: "Dies war also zu der Zeit, als Herr Adenauer sich noch um die bessere Straßenbeleuchtung in Köln bekümmerte."

Die geschichtliche Entwicklung

Die Jugend in Deutschland lernt und begreift den Verlauf geschichtlicher Entwicklungen aus den Tatsachen. Das scheint sie manchen Politikern voraus zu haben, die meinen, daß mit dem Tage ihrer späten, oft sehr späten nachträglichen Erkenntnis das Wirken zum Wohle der Menschheit begonnen habe. In der Diskussion des Bundestages zur bisher letzten Regierungserklahrung Adenauers mußte der Eindruck entstehen, daß die Europa-Politik frühestens 1949 begonnen hätte. Aber die Schüler hatten schon etwas von Jean Jaurs, dem französischen Sozialisten gehört, der 1914 unter den Kugeln seiner Mörder fiel, weil er für den Frieden zwischen seinem und dem deutschen Volke war, und sie hatten auch die Namen einer Reihe von deutschen Sozialdemokraten im Ohr, die damals, vor einem halben Jahrhundert bereits, mit jenen Märtyrer einer deutsch-französischen Verständigung und mit Gleichgesinnten aus anderen Völkern für ein Europa gemeinsamer Wirtschaft, gemeinsamen Rechtes, gemeinsamer Politik eingetreten waren und heute noch unter den Lebenden in gleicher Weise wirken.

Zwei Abgeordnete der CDU haben es nicht für unter ihrer Würde gehalten, abermals zu versuchen, das endlich auch durch Staatsbesuche hben und drüben sozusegen antlich beurkundete Begräbnis der einstigen "Erbfeindschaft" als einen Erfolg der Regierung Adenauers darzustellen. Als ob nicht längst die Völker vor ihren Staatsmännern dieses Werk beschrritten hätten! Als ob sich nicht seit Jahren und Jahrzehnten Deutsche und Franzosen in der Freude des Sehens und Wiedersehens begegnen, ohne an Feindschaft zu denken!

Die Zeit war reif geworden

Die Zeit war reif geworden, daß nun endlich auch die offizielle Politik die Früchte pflücken konnte von Bäumen, die von den Vorkämpfern des Europa-Gedankens unter großen Opfern und mit unsäglicher Mühe vor Jahrzehnten gepflanzt worden waren, von Frauen und Männern, die dafür als "vaterlandslose Gesellen" verfolgt und verachtet wurden.

Es sind süße Früchte, die wir vom Baum europäischer Erkenntnis genießen dürfen. Aber niemand von denen, die nur die Leitern anstellten, ist berechtigt, für sich in Anspruch zu nehmen, was in langer, harter, opferreicher Auseinandersetzung allen zugewachsen ist. Daß Deutschland und Frankreich in der Weise, die wir erlebt haben, einander begegnet sind, ist gut und wertvoll, aber es ist nicht genug, und aus beiden Ländern allein und ihrem Miteinander wird auch dann noch nicht Europa, wenn sich andere hinzugesellen - bis es einmal alle sein werden. Dahin muß die politische Arbeit führen. Großbritannien und Skandinavien stellen die nächsten Aufgaben, aber nicht die letzten.

Was meinen denn die Abgeordneten Majonica und von Guttenberg, wann sie "Europa" sagen, von dem sie behaupten, es werde von der CDU-Politik geschaffen, und lange Zeit sei diese Politik gegen die SPD durchgesetzt worden? Ein kleine Gruppe aus einigen europäischen Völkern wird nicht kraftvoller und gewichtiger, wenn sie nur auf begrenzt gültigen, etwa ideologischen Beziehungen fundiert wird, und sie verliert an Stärke und Bedeutung, wenn die Grundauffassungen unterschiedlicher Regierungssysteme so zielgreifend sind wie die zwischen parlamentarischer und präsidentieller Demokratie oder gar zwischen Demokratie und Diktatur. Es wird auch kein Europa der Verbundenheit der Völker geben, wenn man das Entstehen einer politischen und gar nur wirtschaftlichen Union mit der Mathematik der möglichen Stimmenabgabe bei Entscheidungen glaubt messen zu dürfen, mit deren Hilfe der unleugbare Interessenunterschied zum notwendigen Interessenausgleich geführt werden soll. Indem man aus den Nationalwirtschaften Teile herauslöst, mit einander verschmilzt oder zu verschmelzen versucht und dann meint, das werde zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft führen, war das nicht ein "erster Schritt", sondern alles in organischer und unlösbarer Verbindung und so Schritt für Schritt voranzutreiben - das war und ist noch immer die Aufgabe, um Europa zu entwickeln.

Gefahren

Bleibt es bei der Teillösung, die von vornherein niemals der Sinn einer realen Europapolitik sein durfte und die deshalb von den Sozialdemokraten stets und notwendigerweise kritisiert wurde, so bleibt es auch bei der Gefahr, daß eine engere deutsch-französische Verbindung als eine Belastung der europäischen Entwicklung empfunden oder behauptet wird. Eine solche Bewertung der heute noch gegebenen kleineuropäischen Tatsachen könnte das Gegenteil von dem bedeuten, was die endlich erreichte Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland besagen will und muß: es könnte den Argwohn nähren, das Mißtrauen (vor allem gegen uns Deutsche) stärken, die Spannungen verschärfen, selbst unter den Europäern.

Die CDU-Politik muß das noch begreifen, nachdem sie die Irrlehre ihrer Vorläufer in der politischen Geschichte unseres Volke von der Überführbarkeit der Nationalstaaten überwunden hat. Europa bleibt in unserer Zeit und für unsere politische, das heißt dem Tage und der Wirklichkeit zugewandte Arbeit, eine Aufgabe zur Sicherung der Freiheit, zur Erhaltung der Güter einer alten und aus vielen Quellen gespeisten Kultur und zum Bewahren des physischen Lebens aller Völker dieses alten, kleinen und in Bedrängnis geratenen Erdteils + + +

In dubio pro reo

Blick auf unselige Vergangenheit

W.R. - Da hocken sie auf den Anklagebänken, die Schläger, Totschläger und Mörder. Je nach Temperament und Stellung, kühl lächelnd, arrogant oder ganz einfach dumm. Aber alle, die ehemaligen großmäuligen Helden, verfahren in den Prozessen nach dem gleichen Rezept: Sie wissen nichts mehr, sie löschten ihr Erinnerungsvermögen. Sind die Anschuldigungen zu handfest, dann verkriechen sie sich hinter dem sogenannten Befehlsnotstand. Und hier ist der richterlichen Entscheidungsfreiheit ein sehr weiter Spielraum gegeben. Wer handelte schon auf eigenen Befehl? Irgendwie können sich alle auf diesen "Notstand" berufen, den der Übergroße Teil dieser Leute so innig herbeigesehnt hatte. Denn schließlich war der gesamte Vernichtungsapparat der SS und der anderen "Hilfsorganisationen" zur Beseitigung unliebsamer Elemente, militärisch organisiert.

Das kann Herr Leibbrandt, der kürzlich wegen der Erschießung von Italienern freigesprochen wurde, ebenso für sich in Anspruch nehmen, wie es in anderen Fällen Praxis geworden ist.

In dubio pro reo! Der KZ-Aufseher und Schläger Dusenschön wurde in Hamburg freigesprochen, der abstritt, den sozialdemokratischen Redakteur Solnitz in den Tod getrieben zu haben. Der "letzte Beweis" in der Kette der Grausamkeiten im KZ-Fehlbüttel fehlte. Dusenschön geht als freier Mann nach Hause. Wenn Massenmörder sich aus den Schlingen des Gesetzes herauswinden können, warum soll der KZ-Schläger Dusenschön seine kostbare Zeit hinter Gittern verbringen?

Da läuft in Bonn die Verhandlung gegen den suspendierten Kripoleiter Döhring aus Siegburg bei Bonn. Ihm wird die Erschießung von "lebensunwerten Kindern", wie es in der Fachsprache seinerzeit hieß, zur Last gelegt. Aber auch hier versagt die Erinnerung des Angeklagten in der Hauptverhandlung. In der Voruntersuchung war das Gedächtnis noch nicht so lädiert. Er will nichts mehr davon wissen, daß kranke Kinder wie Kohlen von den Wagen in die Gruben geschaufelt worden sind.

Und da läuft in Koblenz ein Prozeß gegen mehrere Personen, denen die Tötung von mehreren zehntausend Juden zur Last gelegt wird. - So geht es reihum.

Nun, die Richter sind nicht in allen Fällen zu schelten. Sie müssen das Versagen politischer Instanzen auslöffeln. Verständlich, daß sie oft nur ungern sich dieser lästigen Pflicht zu erledigen suchen.

Das Problem der griechischen Gastarbeiter (II.)

Deutsche Überlegungen zur griechischen Arbeiterfrage
und die Politik der griechischen Regierung
Von Dr. B.P. Mathiopoulos.

Auch von deutscher Seite wurden nach 1955 Überlegungen in der Richtung angestellt, ob man mit Hilfe ausländischer Arbeitskräfte des Arbeitskräftemangels der Hochkonjunktur Herr werden könnte. Gerade im Falle Griechenland waren sich die zuständigen deutschen Behörden bewußt, daß dieses westlich-orientierte Land im Süd-Osten Europas über ein Potential von etwa einer Million arbeitsfähiger Menschen verfügt, das praktisch brach liegt. Von deutscher Unternehmerseite wünschte man, daß griechische Arbeiter nach Deutschland kämen, um mit ihrer Hilfe der steigenden Nachfrage entsprechen zu können. Andere Kreise des deutschen Wirtschaftslebens, die sich mit den Problemen der griechischen Wirtschaft intensiver befaßt hatten, waren dagegen der Meinung, es sei volkswirtschaftlich und psychologisch falsch, überzählige Arbeitskraft an Orte größter Kapitalkonzentration zu verpflanzen. Richtiger sei es vielmehr, Kapital dort zu investieren, wo sich ungenutzte Arbeitskraft in größerer Konzentration befindet. Mit deutscher Kapitalbeteiligung wären also in Griechenland - insbesondere auf dem Lande - kleine und mittel-große Unternehmen aufzubauen, in denen ausschließlich griechische Arbeiter beschäftigt werden könnten. In der Nähe größerer griechischer Städte könnte man gemischtedeutsch-griechische Unternehmen gründen, um auch die in den Städten vorhandene ungenutzte Arbeitskraft der Wirtschaft zuzuführen und nutzbar zu machen.

Die deutschen Kredite für Griechenland

In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß die Bundesrepublik dem griechischen Staat große Kredite gewährt hat: im Jahre 1953 waren es 200 Millionen DM, im Jahre ca. 300 Millionen DM und im Jahre 1962 ca. 150 Millionen DM. Dazu kommt die im Jahre 1958 unter günstigen Bedingungen an Griechenland gegebene Staatsleihe in Höhe von 200 Millionen DM. Insgesamt bildeten alle diese Zuwendungen den bestmöglichen Rahmen für eine engere deutsch-griechische Zusammenarbeit, für eine eventuelle Erschließung der griechischen Bodenschätze und für einen Aufschwung der griechischen Wirtschaft, der dem 5-Jahresplan der Regierung entsprochen hätte.

Wenn man sich in Athen die von deutscher Seite angestellten Überlegungen zum wirtschaftlichen Aufbau Griechenlands zu eigen gemacht hätte, so wäre es möglich gewesen, die überhandnehmende Auswanderung in natürlicher Grenzen zu halten und in Griechenland neue Produktionszentren aufzubauen. Dadurch hätte man auch die Landflucht der griechischen Bevölkerung in die Städte eindämmen können. Dem griechischen Arbeiter wäre die Umsiedlung in ein fremdes Land mit Nachteilen für seine Gesundheit, seine Arbeitskraft und seine seelische Konstitution erspart geblieben. Jedoch - so paradox es klingt - einerseits hat die griechische Regierung gerade zum Zwecke der Steigerung deutscher Investitionstätigkeit bilaterale Verträge mit Bonn abgeschlossen, die deutsche Niederlassungen und den Schutz deutscher Investitionen zum Inhalt haben; andererseits verfolgt man aber in Athen eine Politik, die die griechische

Auswanderung nach Deutschland unterstützt. Der rechte Augenblick scheint verpaßt, um das ungenutzte griechische Arbeitspotential mit Hilfe ausländischer Investitionen der Produktion des eigenen Landes nutzbar zu machen.

Gastarbeiter ohne Tarifverträge

Schon seit dem Jahre 1956 bemühen sich griechische Arbeiter um Arbeitsplätze in Deutschland. Damals kamen sie mit einem Touristen-Visum in die Bundesrepublik, suchten sich eine Arbeit und erhielten nachträglich ihre Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung. Als man im Sommer 1960 der erwähnten bilateralen Vertrag zur Vermittlung griechischer Arbeiter nach Deutschland abschloß, gab es in der Bundesrepublik ca. 12 000 griechische Arbeiter, die ohne persönlichen Tarifvertrag beschäftigt wurden. Heute hat diese Zahl - bei ca. 80 000 griechischen Gastarbeiter - die 25 000 schon überschritten. Das kommt daher, dass viele deutsche Unternehmer bis heute ihre Gastarbeiter ohne Tarifvertrag beschäftigen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind mit dieser Regelung zufrieden. Denn die tarifvertraglich gebundenen Arbeiter müssen sich verpflichten, mindestens ein Jahr - manchmal auch zwei Jahre - in der gleichen Firma zu bleiben. Das ist insofern verständlich, als die deutsche Firma die Reise nach Deutschland bezahlt und eine gewisse Zeit mit der Ausbildung des Arbeitnehmers verliert. Andererseits fühlt sich der Arbeiter durch eine derartige Klausel etwas zu sehr gebunden und sieht nicht ohne weiteres ein, warum er eine solche Verpflichtung übernehmen muß. Die ohne Tarifvertrag beschäftigten Arbeiter kennen diese Regelung nicht. Sie bekommen manchmal einen höheren Lohn als die tarifvertraglich gebundenen und können jederzeit ihr Arbeitsverhältnis kündigen, um in einer anderen Firma mit eventuell besseren Bedingungen zu arbeiten.

Die griechische Regierung hätte einerseits einen Vertrag zum Schutze der in Deutschland beschäftigten Gastarbeiter abschließen müssen; andererseits hätte man versuchen sollen, die Auswanderungswelle dadurch einzudämmen, daß man den Aufbau kleiner und mittlerer Unternehmen im eigenen Lande mit Hilfe deutschen Kapitals förderte. Von deutscher Seite wird dagegen bestätigt, daß selbst das Abkommen über deutsche Niederlassungen in Griechenland nur auf dem Papier steht, da die Bürokratie und die Vertreter anderer ausländischer Kapitalinteressen deutschen Investitionswünschen hemmend gegenüberstehen.

Es ist natürlich nicht so, daß diejenigen deutschen Unternehmer, die heute dennoch in Griechenland Investitionen vornehmen, nicht genügend Arbeitskräfte an Ort und Stelle vorfinden würden. Das Land verfügt nach wie vor über ein ausreichend großes Potential an ungenutzter Arbeitskraft. Aber die nun in die Bundesrepublik abgewanderten Arbeiter könnten zu einer erhöhten Arbeitsleistung in ihren Heimatorten beitragen. Hinsichtlich dieser Leute bleibt es die Aufgabe der griechischen Regierung, dafür zu sorgen, daß sie - in ihre Heimat zurückgekehrt - die in der Bundesrepublik gewonnenen Erfahrungen zum Nutzen der wirtschaftlichen Entwicklung des eigenen Landes verwerten können.

(III. Teil folgt)

+ + +